

Meine Frageaktion als Vertreter des VDS (Vereine Deutsche Sprache e.V.) zur Landtagswahl 2021:

Wahlprüfsteine:

Der VEREIN DEUTSCHE SPRACHE e.V., eine unabhängige und überparteiliche Bürgerbewegung mit über 36.000 Mitgliedern in Deutschland und in der ganzen Welt, hat zum Ziel, die deutsche Sprache zu fördern, zu pflegen und zukunftsfähig zu erhalten (www.vds-ev.de). Wir betrachten unsere Sprache als besonders hohes und schützenswertes Kulturgut und als entscheidende Grundlage der Identität unseres Landes, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der politischen Teilhabe aller Bürger und der Integration von Zuwanderern. Daher betrachten wir die Förderung und Pflege unserer Sprache als eminent wichtige kultur- und gesellschaftspolitische Aufgabe.

6 Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz zum Thema ‚Deutsche Sprache‘

vom Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS)

formuliert von Dr. Hans-Dieter Bottke, Regionalleiter für die Region Mittleres Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz

Die 6 Wahlprüfsteine richten sich an die aktuell im Landtag vertretenen Parteien in Fraktionsstärke. Die Beantwortung der folgenden Fragen soll den Wählern eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung sein.

6 Wahlprüfsteine:

1. **Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:** Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?
2. **Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:** Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?
3. **Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen:** Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

4. **Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache:** Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?
 5. **Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz:** Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?
 6. **Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache:** Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?
-

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Am Pfaffenberg 3, 55743 Idar-Oberstein, info@drbottke.de

Fragen und Antworten der angeschriebenen Parteien in RLP:

Originalantwortschreiben zu den 6 Wahlprüfsteinen zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz:

Alternative für Deutschland (AfD):

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ vom Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS) formuliert von Dr. Hans-Dieter Bottke, Regionalleiter für die Region Mittleres Rheinland-Pfalz mit der Hauptstadt Mainz.

Die 6 Wahlprüfsteine richten sich an die aktuell im Landtag vertretenen Parteien in Fraktionsstärke. Die Beantwortung der folgenden Fragen soll den Wählern eine Entscheidungshilfe bei ihrer Wahlentscheidung sein.

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

„Deutsch vor Regelunterricht“ ist ein wichtiger bildungspolitischer Leitsatz der rheinland-pfälzischen AfD. Wir wollen, dass vor dem Eintritt in die Grundschule alle Kinder mit einem Migrationshintergrund, deren deutsche Sprachkenntnisse als unzureichend einzustufen sind, über vorbereitende Sprachkurse auf ein Niveau gebracht werden, mit dem sie dem Unterricht angemessen folgen können. Diese Grundqualifikation erst während der ersten Schulklassen quasi nebenher erwerben zu sollen, wie von der Politik bislang vorgesehen, halten wir weder im Hinblick auf die von den Deutschproblemen betroffenen Kinder für förderlich noch ist das ein sinnvoller Ansatz für die zwangsläufig mit betroffene übrige Klassengemeinschaft.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Der Grad der Beherrschung der deutschen Sprache ist bei vielen Auszubildenden zweifellos unbefriedigend. Dies gilt insbesondere für Auszubildende mit ausländischen Wurzeln, aber auch Jugendliche ohne Migrationshintergrund offenbaren zunehmend defizitäre Kenntnisse etwa der Rechtschreibung. Die AfD fordert daher grundlegende strukturelle Veränderungen in der Bildungslandschaft. Wir treten für eine neuerliche Dreigliedrigkeit ein: mit leistungsstarken Gymnasien, Realschulen, die diesen einst guten Namen wieder verdienen, sowie einer neuen Handels- und Gewerbeschule (HGS), deren Profil vor allem der überfälligen Stärkung der beruflichen Bildung zugute kommen soll – auch in sprachlicher Hinsicht.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Ja, wir setzen uns ganz klar für eine umfassende Förderung der deutschen Sprache ein – gerade auch zum Nutzen unserer Hochschulen. Im Programm der AfD für die Landtagswahlen im März 2021 heißt es: „Die AfD tritt den überall zu beobachtenden Bestrebungen entgegen, die deutsche Sprache in Behörden, universitären Studiengängen und in der Binnenkommunikation von Firmen im Sinne einer falsch verstandenen Internationalisierung durch das Englische zu ersetzen.“

Deshalb werden wir auch in der kommenden Legislaturperiode hartnäckig auf die zentrale Bedeutung eines selbstbewussten Umgangs mit der deutschen Muttersprache in allen gesellschaftlichen Bereichen hinweisen. Ohne einen allgemeinen, medial unterstützten Bewusstseinswandel vermag die Politik aber eher wenig auszurichten, zumal beispielsweise die Hochschulautonomie zu beachten ist. Vor diesem Hintergrund hat die rheinland-pfälzische AfD ausdrücklich die Initiative unserer Bundespartei unterstützt, 2021 angesichts der vor 500 Jahren begonnenen Bibelübersetzung durch Luther zum „Jahr der deutschen Sprache“ zu erklären. Für Hinweise, etwa seitens des VDS, was darüber hinaus auch konkret getan werden könnte, sind wir dankbar.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Was die Genderideologie angeht, beziehen wir ebenfalls alternative Positionen und lehnen Gendersternchen, großgeschriebene Binnen-Is und die vom Duden erst kürzlich in einseitige Sprachpolitik umgesetzte Fehldeutung des generischen Maskulinums als vermeintliche Geschlechterdiskriminierung entschieden ab. Hier wird Sprache von oben nach unten ohne demokratische Legitimation und an der klaren Mehrheitsmeinung unserer Bevölkerung vorbei manipuliert. Als am 27. August 2020 im Landtag eine Mündliche Anfrage zum Thema „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ debattiert wurde und die Grünen-Ministerin Spiegel ein demonstratives Bekenntnis zum Gendersternchen auch in amtlichen Verlautbarungen ablegte, kritisierte der AfD-Kulturpolitiker Martin Louis Schmidt das mit den Worten: „Ministerin Spiegel setzt sich vorsätzlich über Verwaltungsvorschriften hinweg, ihr Ministerium glaubt offensichtlich, über dem Recht zu stehen. Die Missachtung rechtlich verbindlicher Vorschriften ist ein skandalöser Vorgang. Der als Begründung angeführte Verweis auf eine Weiterentwicklung von Sprache zieht in diesem Falle nicht, denn der Genderstern kommt in der Alltagssprache überhaupt nicht vor.“

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Die AfD hat diese Initiative auf allen Ebenen unterstützt, und die rheinland-pfälzische Landtagsfraktion hat sich sogar geschlossen an der Unterschriftensammlung zur Untermauerung dieser wichtigen Forderung beteiligt.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzip gewährleistet wird?

Wir sehen es nicht zuletzt aus demokratischen Gesichtspunkten als Selbstverständlichkeit an, dass das Deutsche als faktische Staatssprache auch bei Gerichtsverhandlungen alleinigen offiziellen Charakter besitzt. Ergänzend kann und muss notfalls mit Dolmetschern gearbeitet werden, um dieser Vorgabe entsprechen zu können.

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Am Pfaffenberg 3, 55743 Idar-Oberstein, info@drbottke.de

Christlich Demokratische Union (CDU):

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Das sichere Beherrschen der deutschen Sprache ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen Leben und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen bereits im Kindergartenalter den Sprachstand der Kinder erheben, damit im Bedarfsfall eine Förderung und Unterstützung vor Schuleintritt möglich ist. In den Grundschulen selbst braucht es wöchentlich eine Stunde mehr Deutsch.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 1. Nur wer Deutsch in Wort und Schrift ausreichend beherrscht, kann am gesellschaftlichen Leben teilhaben und auf Dauer beruflich erfolgreich sein. Ausreichende Deutschkenntnisse müssen frühzeitig und umfassend vermittelt werden.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen:

Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Deutsch ist die Sprache in Europa mit den meisten Muttersprachlern. Wir freuen uns darüber, dass viele Studierende aus ganz Europa nach Rheinland-Pfalz kommen, um an unseren Hochschulen zu studieren und dabei auch unsere Sprache zu lernen. Insbesondere die Goethe-Institute und Sprachkurse an den Hochschulen selbst stellen sicher, dass ausländische Studierende dem Unterricht in deutscher Sprache folgen können. Wissenschaft ist aber international ausgerichtet. Es macht daher keinen Sinn, in Disziplinen, in denen sich weltweit eine Verkehrssprache herausgebildet hat, auf einen Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache zu bestehen. Wir müssen auch differenzieren zwischen Naturwissenschaften, in denen ein Großteil inhaltlicher Kommunikation über ein international anerkanntes Formelsystem läuft, und Geisteswissenschaften, bei denen die Kenntnis der jeweiligen Sprache der Verfasser von Vorteil ist, da sonst bspw. Philosophische Konzepte teils nur unzureichend in eine andere Sprache übertragen werden können. Wir würden es grundsätzlich begrüßen, wenn deutschsprachige Lehrende und Forschende auch in deutscher Sprache publizieren.

Dazu sind entsprechend verbreitete und renommierte Publikationsorgane notwendig, die eine Alternative zu den vorherrschenden, englischsprachigen Wissenschaftsverlagen bieten.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache:

Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selbst konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Die deutsche Sprache ist glücklicherweise eine lebendige Sprache, und als solche durch den alltäglichen Gebrauch von Millionen Sprechern einer beständigen Weiterentwicklung und Veränderung unterworfen. Wenn Erkenntnisse zu Tage treten, dass ein bestimmter Sprachgebrauch zu einer tatsächlichen Diskriminierung führt, müssen wir reagieren, aber grundsätzlich kennt die deutsche Sprache das generische Maskulinum als geschlechtsneutrale Ausdrucksform.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz:

Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Es ist erklärtes Ziel der CDU Deutschlands, Deutsch als Sprache der Bundesrepublik Deutschlands ins Grundgesetz aufzunehmen. Dies wurde durch die Bundesparteitage der CDU 2008 und 2016 beschlossen und bekräftigt.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache:

Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

§184 des Gerichtsverfassungsgesetzes legt eindeutig fest: Die Gerichtssprache ist deutsch. Ausnahmen gibt es nur im Bereich der sorbischen Minderheit, und diese Ausnahme ist gesetzlich normiert, begründet und zudem in Rheinland-Pfalz nicht von Bedeutung. Nachvollziehbarkeit und Öffentlichkeit sind bei der Beteiligung von Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, durch die Bestellung von Dolmetschern sichergestellt.

Freie Demokratische Partei (FDP):

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Es ist von zentraler Bedeutung, dass Kinder frühzeitig den Umgang mit Sprache erlernen. Denn: Sprache lernt man am besten durch Sprechen. Daher fördern wir frühkindliche Sprachförderung in den Kindertagesstätten. Diese Fördermaßnahmen wollen wir laufend evaluieren und bedarfsgerecht anpassen.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Was für die Kindertagesstätten gilt, gilt für die Schulen in einem besonderen Maße. In den vergangenen Jahren haben wir die Sprachförderung an den Schulen massiv ausgebaut. Dies wollen wir auch in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Gute Sprachkenntnisse sind der Grundstein gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode Unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Deutschland ist ein hochattraktiver Forschungsstandort. Ganz unabhängig vom Studienfach kommen viele jungen Menschen nach Rheinland-Pfalz, um an einer hiesigen Hochschule zu lernen. Auch viele hervorragend qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die an rheinland-pfälzischen Hochschulen sowie Universitäten forschen, kommen aus dem Ausland.

Für uns Freie Demokraten zählt die Qualität der Wissenschaft, der Lehre und der Forschung und nicht die Sprache, die dabei gesprochen wird.

Daher halten wir eine einseitige Hinwendung zur deutschen Sprachen an Hochschulen und Universitäten für unzumutbar.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Wir Freie Demokraten nutzen in unserer politischen Arbeit und Kommunikation geschlechtergerechte Sprache. Gleichzeitig schreiben wir keinem Menschen vor, wie er privat zu sprechen hat.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Verschiedene (Verwaltungs-) Gesetzgebungen normieren Deutsch als Amtssprache. Dies halten wir für ausreichend. Für die Aufnahme der Sprache Deutsch in das Grundgesetz sehen wir keine Veranlassung und auch keine sachliche Notwendigkeit, die dies erforderlich machen würde.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

Die Gerichtssprache ist Deutsch. Das gilt auch und insbesondere für die mündliche Verhandlung. Diese wird in deutscher Sprache geführt. Dies dient der Wahrung des Grundsatzes der Öffentlichkeit. Verständigungsschwierigkeiten wird durch die Zuziehung eines Dolmetschers begegnet. Das ist nicht nur wichtig, sondern auch notwendig und Ausdruck des grundrechtlich verbürgten Anspruchs auf ein faires Verfahren.

Bündnis 90 / Die Grünen

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Gute Übergänge sind entscheidend für die Bildungschancen jedes Kindes. Dies gilt insbesondere für den Übergang zwischen Kita und Grundschule. Die Intensivierung der Bildungspartnerschaft zwischen Kitas und Grundschulen, wie wir sie im neuen Kita-Gesetz festgelegt haben, war bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Doch wir wollen auch künftig den Übergang von der Kita in die Grundschule noch besser gestalten. So soll etwa bei der Schuleingangsuntersuchung ein größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes gelegt werden, um hier gegebenenfalls noch besser nachsteuern zu können. Zudem streben wir jahrgangsübergreifende Lerngruppen an Grundschulen an, um noch besser auf die individuellen Phasen in der Entwicklung der Kinder eingehen zu können. All diese Maßnahmen dienen einem guten Schulstart für alle Kinder.

2. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Wir wollen faire Bildungschancen, die niemanden zurücklassen. Grüne Bildungspolitik steht für Verlässlichkeit, Vielfalt, Offenheit und Gerechtigkeit. Alle Menschen sollen das lernen können, was sie zur Teilhabe auch in einer zunehmend komplexer werdenden Arbeitswelt befähigt und ihnen ein erfülltes Leben ermöglicht. Dementsprechend setzen wir GRÜNE auf individuelle und zielgerichtete Förderung.

Damit alle Kinder bestmöglich individuell gefördert werden können, brauchen wir Ressourcen, die diesem Anspruch Rechnung tragen. Im Rahmen eines sozialindikatorgestützten Finanzierungssystems wollen wir vor allem dort zusätzlich investieren, wo die Bedarfe besonders hoch sind. So brauchen beispielsweise inklusive Schulen mehr Personal, mehr Räume und mehr Beratung. Entsprechende Schulen sollen mehr und mehr die Möglichkeit haben, Lerngruppen zu verkleinern, Doppelbesetzungen zu realisieren und eigenverantwortlich multiprofessionelle Teams aus Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen und Förderlehrkräften zu bilden.

Auch die Sprach- und Förderprogramme wollen wir ausbauen und dafür sorgen, dass Förder- und Integrationskräfte zielgerichtet eingesetzt werden.

3. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Laut Angaben des MWWK aus dem Jahr 2019 wurden an den rheinland-pfälzischen Hochschulen knapp 70 Studiengänge in englischer Unterrichtssprache angeboten. Dies entspricht einem Anteil von 5,9 % aller Studienangebote, wobei 16 Programme von Hochschulen für angewandte Wissenschaft angeboten wurden. Die überwiegende Mehrheit

der Studiengänge, insbesondere in den Kultur- und Geisteswissenschaften sowie in Medizin, wurden demnach in deutscher Sprache angeboten.

Die Einrichtung von internationalen Studienangeboten und die Verwendung von Englisch als Unterrichtssprache sind bewusste Entscheidungen im Rahmen der jeweiligen Internationalisierungsbemühungen der Hochschulen. Wir unterstützen diese Bemühungen ausdrücklich, da so die zunehmende Heterogenität der Studierenden berücksichtigt, die Weltoffenheit der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden gefördert, Sprachbarrieren abgebaut und die Gewinnung von klugen Köpfen aus aller Welt für unsere Hochschulen und Unternehmen gefördert wird.

4. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache –insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachform eintreten sollten, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Wir GRÜNE stehen für Gleichbehandlung, Gleichberechtigung und Antidiskriminierung. Damit sich alle Menschen ihrer Identität gemäß angesprochen fühlen und nicht schon von vornherein von staatlicher Seite sprachlich ausgegrenzt und diskriminiert werden, wollen wir eine konsequent geschlechtergerechte Sprache in allen Behörden, Gesetzen und auf allen Formularen als Teil unserer Antidiskriminierungsstrategie umsetzen. Außerdem möchten wir erreichen, dass geschlechtergerechte Sprache als Thema in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fest verankert wird. In der Schriftsprache formulieren wir GRÜNE bereits konsequent geschlechtergerecht. Die konsequente Umsetzung in der gesprochenen Sprache unterstützen wir ebenfalls.

5. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Wir streben Grundgesetzänderungen in mehreren Bereichen an. Zum Beispiel im Bereich der Kinderrechte oder des Diskriminierungsverbots. Allerdings streben wir keine Grundgesetzänderung im Zusammenhang mit Deutsch als Sprache der Bundesrepublik an.

6. Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzips gewährleistet wird?

Deutsch ist bereits die gängige Gerichtssprache. An der Stelle sehen wir also keinen gesonderten Regelungsbedarf.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD):

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021 vom Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS)

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt: Ausreichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschule stellen eine entscheidende Voraussetzung für einen gelingenden Bildungsweg dar. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, damit dies gewährleistet ist?

Für den Bildungserfolg ist entscheidend, dass alle Kinder möglichst früh die deutsche Sprache beherrschen. In Rheinland-Pfalz beginnt die Sprachförderung daher schon in der Kita mit gezielter alltagsintegrierter Sprachförderung. Mit dem neuen Kitagesetz wird die Sprachförderung nochmal deutlich ausgebaut. Sprachförderung zieht sich durch den gesamten Bildungsweg. Dabei gehen wir seit vielen Jahren erfolgreich den Weg der individuellen Förderung. Wir setzen in Grund- und weiterführenden Schulen auf passgenaue Sprachförderkonzepte, so erhalten alle Schülerinnen und Schüler genau die Förderung, die sie brauchen. Das abgestufte System der individuellen Förderung mit Deutsch-Intensivkursen mit bis zu 20 Wochenstunden, Feriensprachkursen, dem Herkunftssprachenunterricht und der qualifizierten Hausaufgabenbetreuung hat sich in Rheinland-Pfalz bewährt.

Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn: Viele Ausbildungsbetriebe beklagen mangelhafte Deutschkenntnisse bei Bewerbern wie Auszubildenden sowie eine Verschlechterung der Situation im Verlauf der letzten zehn Jahre, wie dies u.a. auch eine von mir durchgeführte Befragung im Sommer 2019 bei Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, aber auch darüber hinaus ergeben hat. Im zweiten Anhang finden Sie alle wichtigen Informationen zur Durchführung dieser Befragung, deren Ergebnisse sowie eine abschließende Bewertung. Wie bewertet Ihre Partei die Lage der Deutschkenntnisse von Schülern nach Abschluss der Schullaufbahn und welche Maßnahmen zur Verbesserung wollen Sie ergreifen?

Gute Deutschkenntnisse sind essenziell für den weiteren Lebensweg unsere Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Deshalb setzen wir wie bereits erwähnt auf eine passgenaue Sprachförderung für alle Schülerinnen und Schüler, damit sie sicher Deutsch sprechen, lesen und schreiben können. Schulen sollen auch weiterhin Ressourcen erhalten, wenn ein Sprachförderbedarf festgestellt wird. Jedes Kind soll weiterhin die individuelle Sprachförderung erhalten, die es benötigt, um einen erfolgreichen weiteren Bildungsweg gehen zu können.

Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen: Tritt Ihre Partei für die Förderung der deutschen Sprache in Forschung und Lehre an Hochschulen in Rheinland-Pfalz ein? Falls Sie diese Frage bejahen: Welche konkreten Schritte wollen Sie in der kommenden Legislaturperiode Unternehmen bzw. politisch unterstützen?

Die deutsche Sprache ist an den rheinland-pfälzischen Hochschulen die vorrangig gültige Sprache. In einigen, vor allem auf Internationalisierung ausgelegten Studiengängen wie beispielsweise in der Informatik, wird darüber hinaus mit vielen meist englischen Fachausdrücken gearbeitet. Dies ist vom Inhalt des jeweiligen Studiengangs abhängig. Die Hochschulautonomie würde theoretisch auch die jeweils unterrichtete Sprache umfassen. Dennoch gehen wir davon aus, dass die deutsche Sprache die Vorherrschende bleiben wird. Eine konkrete Förderung ist hier nicht vorgesehen.

Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache: Die Durchsetzung einer durchgängig sog. Gendergerechten Sprache ist unserer Meinung nach ein ideologisches Projekt, das einer sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt. Welche Position nehmen Sie bzw. nimmt Ihre Partei zur Anwendung und Durchsetzung einer gendergerechten Sprache – insbesondere in der öffentlichen Verwaltung sowie in der Kommunikation mit den Bürgern – ein? Falls Sie bzw. Ihre Partei für eine solche Sprachreform eintreten sollte, wenden Sie deren Regeln auch selber konsequent in Ihrer politischen Kommunikation sowie im Privatleben an?

Sprache im Allgemeinen und somit auch die deutsche Sprache unterliegt einem stetigen Wandel und einer Weiterentwicklung. Viele Worte verschwinden im Laufe der Zeit, andere kommen hinzu. Sprache schafft Bewusstsein, daher ist die sprachliche Gleichbehandlung der Geschlechter für eine erfolgreiche Gleichstellung unerlässlich. Eine geschlechtergerechte Sprache ist weder umständlich noch unnötig lang. Es bedarf der Bereitschaft, sich von einigen bestehenden Formulierungsgewohnheiten zu verabschieden und dabei bewusst und kreativ mit der Sprache umzugehen. Wir stehen hinter der Idee der geschlechtergerechten Sprache. In unserer politischen Kommunikation prüfen wir die Aussagen grundsätzlich darauf, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen. Damit wollen wir nicht nur Frauen in der Sprache sichtbar machen, sondern alle Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtersystem einordnen können oder wollen.

Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz: Der Verein Deutsche Sprache fordert, folgenden Artikel ins Grundgesetz aufzunehmen: „Die Sprache der Bundesrepublik Deutschland ist Deutsch.“ Da einer Grundgesetzänderung auch die Länder über den Bundesrat zustimmen müssten, richtet sich diese Frage auch an die zukünftige Landesregierung von Rheinland-Pfalz. Welche Position nimmt Ihre Partei zu dieser Frage ein?

Eine solche Änderung des Grundgesetzes betrachten wir als überflüssig.

Wahlprüfstein: Deutsch als Gerichtssprache: Tritt Ihre Partei für Deutsch als einzig zulässige Gerichtssprache in Deutschland ein, damit auch weiterhin das urdemokratische Prinzip der Nachvollziehbarkeit von Vorgängen in der Justiz durch jeden Bürger und damit das Öffentlichkeitsprinzip gewährleistet wird?

Gemäß § 184 GVG ist die Gerichtssprache Deutsch. Für uns steht aber selbstverständlich fest, dass Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher oder eine Dolmetscherin zur Verfügung gestellt wird (vgl. § 185 GVG), damit in einem solchen Fall das ebenso wichtige wie urdemokratische Prinzip des fairen Verfahrens gewährleistet wird.

Meine Kommentierung:

**Kommentierung aller eingegangenen Antwortschreiben zu den von mir verschickten
Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2021 in Rheinland-Pfalz:**

von Dr. Hans-Dieter Bottke

Wichtige Klarstellung vorab:

Der Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS), eine unabhängige und überparteiliche Bürgerbewegung mit über 36.000 Mitgliedern in Deutschland und in der ganzen Welt, hat zum Ziel, die deutsche Sprache zu fördern, zu pflegen und zukunftsfähig zu erhalten (www.vds-ev.de). Wir vertreten unsere Positionen zur Deutschen Sprache mit guten Argumenten und zwar unabhängig davon, wer oder welche Partei mit uns ganz oder teilweise übereinstimmt oder eben auch nicht. Wir machen uns daher nicht von anderen und deren Meinungen abhängig, da für uns nur Argumente zählen!

Die Kommentierung der eingegangenen Antworten ist nicht als Wahlempfehlung für oder gegen eine der angeschriebenen Parteien zu verstehen, da nur zu **einem** Themenaspekt – Deutsche Sprache – Fragen gestellt und damit keinesfalls alle wichtigen Themenbereiche, die eine Wahlentscheidung für eine bestimmte Partei betreffen bzw. betreffen können, abgedeckt worden sind oder auch nur abgedeckt werden sollten.

Allerdings sollen die Bürger dieses Bundeslandes sehr wohl über die Positionen der im Landtag vertretenen Parteien zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ sowie meiner Kommentierung informiert werden, um sich aufgrund dessen noch besser eine eigene Meinung bilden zu können.

**Kommentierung der Antwortschreiben entsprechend der Reihenfolge ihres Eingangs: AfD,
CDU, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen und SPD**

Michael Frisch von der AfD:

Herr Frisch von der AfD hat als erster der Angeschriebenen geantwortet.

Wahlprüfstein 1: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Die Prüfung der Deutschkenntnisse vor Eintritt in die Regelschule verbunden mit einer Förderung jener Kinder, welche über unzureichende Sprachkenntnisse verfügen, um sie auf ein hinreichendes Sprachniveau zu bringen, ist sinnvoll. Ebenfalls ist der Hinweis auf die mit ungenügenden Deutschkenntnissen verbundenen Probleme sowohl für jene Schüler selbst als auch für den Unterricht in der Klassengemeinschaft berechtigt. Nur sollte man meiner Meinung nach eine Prüfung sowie die frühzeitige Förderung nicht auf Kinder mit Migrationshintergrund beschränken, sondern alle Kinder gleich behandeln.

Wahlprüfstein 2: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Die AfD teilt den Befund, dass die Deutschkenntnisse vieler Schulabgänger und damit eben auch der Auszubildenden bzw. der Bewerber für Ausbildungsberufe oftmals mangelhaft bis ungenügend sind. Dabei wird zurecht darauf hingewiesen, dass sich diese Defizite nicht nur auf Jugendliche mit Migrationshintergrund beschränken. Zur Behebung empfiehlt die Partei eine „neuerliche Dreigliedrigkeit“ des Schulsystems „mit leistungsstarken Gymnasien, Realschulen, die diesen einst guten Namen wieder verdienen, sowie einer neuen Handels- und Gewerbeschule (HGS), deren Profil vor allem der überfälligen Stärkung der beruflichen Bildung zugute kommen soll.“ Ob, wie schnell und auf welche Weise sich Handels- und Gewerbeschulen wirklich landesweit etablieren ließen, ist meiner Meinung nach schwer zu beurteilen, auch wenn diese Idee durchaus diskutiert werden sollte. Der Hinweis zu ‚leistungsstarken Gymnasien‘ sowie ‚Realschulen, die diesen einst guten Namen verdienen‘ ist zu allgemein ausgefallen, weil es sehr große Unterschiede zwischen einzelnen Schulen im Land gibt: Neben wirklich leistungsstarken Gymnasien gibt es eben auch weniger gute. Gleiches

gilt für Realschulen. Dennoch ist es zu begrüßen, wenn Parteien Probleme offen benennen und Vorschläge zur Verbesserung der Lage unterbreiten.

Wahlprüfstein 3: Deutsch in Forschung Lehre an Hochschulen:

Die AfD setzt sich in ihrem Wahlprogramm begrüßenswerter Weise für die deutsche Sprache an deutschen Hochschulen sowie darüber hinaus in Behörden und in der Binnenkommunikation der Unternehmen hierzulande ein und wendet sich damit gegen eine Verdrängung der deutschen Sprache zugunsten der englischen aufgrund einer falsch verstandenen Internationalisierung. Ebenfalls ist der Hinweis auf die Bedeutung sowie Verantwortung der Medien hinsichtlich der Bewusstseinsbildung der Bevölkerung gerade auch zu unserer Muttersprache sehr berechtigt.

Wahlprüfstein 4: Gendergerechte Sprache:

Die AfD teilt in dieser Frage die Positionen des VDS und hat im Landtag unter anderem Frau Ministerin Spiegel von den Grünen völlig zurecht kritisiert, weil diese entgegen gültiger Sprachregeln und Verwaltungsvorschriften für die Benutzung von Gendersternen in amtlichen Verlautbarungen eingetreten ist. Ich begrüße ausdrücklich ein sachliches sowie gut begründetes Eintreten gegen die Verunstaltung unserer schönen Muttersprache im Zuge einer falsch verstandenen politischen Korrektheit. Es gibt viele Argumente gegen eine sog. gendergerechte Sprache. Auf der Seite des VDS kann man sich diesbezüglich informieren. Ebenfalls verweise ich an dieser Stelle auf meine Kommentierung dieses Punktes bei den Grünen.

Wahlprüfstein 5: Deutsch ins Grundgesetz:

Die AfD teilt auch in dieser Frage die seit vielen Jahren vom VDS vertretene Position, dass die deutsche Sprache im Grundgesetz verankert werden soll. Zudem hat sich die Partei dafür laut eigenem Bekunden auch aktiv durch die Beteiligung an vielen Aktionen eingesetzt.

Wahlprüfstein 6: Deutsch als Gerichtssprache:

Die AfD bekennt sich in dieser Frage zu Deutsch als allgemeiner Gerichtssprache in Deutschland. Zudem weist Herr Frisch darauf hin, dass für Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher bestellt wird. Diese Antwort entspricht der tatsächlichen derzeitigen Rechtslage, wobei wir vom VDS uns zudem dafür einsetzen, dass es so bleibt.

Gerd Schreiner von der CDU, Generalsekretär:

Herr Schreiner von der CDU hat als zweiter der Angeschriebenen geantwortet.

Wahlprüfstein 1: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Der Vorschlag einer frühzeitigen Erhebung der Deutschkenntnisse aller Kinder schon im Kindergarten verbunden mit einer dementsprechend frühen Förderung bei festgestellten Defiziten ist sehr zu begrüßen. Denn je früher man mit der Sprachförderung beginnt, umso größer sind die Chancen einer wirklich guten Sprachentwicklung aller Kinder. Ebenfalls ist die Forderung einer zusätzlichen Wochenstunde im Fach Deutsch ein ganz konkreter und hilfreicher Vorschlag. Schließlich ist der allgemeine Hinweis, dass das Beherrschen der deutschen Sprache der Schlüssel für ein erfolgreiches Leben sowie gesellschaftliche Teilhabe sei, richtig.

Wahlprüfstein 2: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Auf die Fragen des zweiten Wahlprüfsteins geht Herr Schreiner leider kaum ein und verweist auf die vorherige Antwort, indem er die Wichtigkeit des Beherrschens der deutschen Sprache betont und schon möglichst früh entsprechende Sprachkompetenzen vermittelt werden sollten. Mehr erfahren wir zur Position der CDU nicht: Weder teilt uns Herr Schreiner seine Einschätzung der oftmals beklagenswerten Situation auf dem Ausbildungsmarkt mit, noch welche Vorschläge die CDU im so wichtigen Bereich der dualen Ausbildung zur Verbesserung der oft mangelhaften Deutschkenntnisse zu unterbreiten hat. Abschließend bleibt festzuhalten, dass die CDU die Fragen dieses Wahlprüfsteins weitgehend unbeantwortet ließ.

Wahlprüfstein 3: Deutsch in Forschung Lehre an Hochschulen:

Im ersten Teil der Antwort weist Herr Schreiner zunächst richtigerweise auf die Tatsache hin, dass Deutsch die am meisten gesprochene Muttersprache in Europa ist. Weiterhin begrüßt er, dass viele Studenten aus den unterschiedlichsten Ländern in Deutschland und Rheinland-Pfalz studieren, um dabei auch die deutsche Sprache zu erlernen, wobei die Goethe-Institute mit Sprachkursen hilfreich zur Seite stünden. Danach erfolgt der Hinweis, dass Wissenschaft international sei und es daher keinen Sinn mache „in Disziplinen, in denen sich weltweit eine Verkehrssprache herausgebildet hat, auf einen Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache zu bestehen“. Anschließend unterscheidet er allgemein zwischen Natur- und Geisteswissenschaften: Bei Letzteren sei „die Kenntnis der jeweiligen Sprache der Verfasser von Vorteil, da sonst bspw. philosophische Konzepte teils nur unzureichend in eine andere Sprache übertragen werden können“. Danach fährt Herr Schreiner fort, dass die CDU es begrüßen würde, wenn „deutschsprachige Forschende und Lehrende auch in deutscher Sprache“ publizierten und weist allgemein auf die Notwendigkeit der Verbreitung von entsprechend renommierten Publikationsorganen dafür als Alternative „zu den vorherrschenden englischsprachigen Wissenschaftsverlagen“ hin. Alle Ausführungen, die Herr Schreiner zu den geisteswissenschaftlichen Disziplinen gemacht hat, kann ich unterstützen. Offen bleibt allerdings, welche konkreten Schritte oder Maßnahmen die CDU zu deren Verwirklichung vorschlägt. Ebenfalls ist die Position, welche die CDU der deutschen Sprache in Forschung und Lehre in den Naturwissenschaften beimisst, zumindest unklar geblieben. Man kann die Antwort auch so verstehen, dass die CDU für die deutsche Sprache in den Naturwissenschaften kaum eine Zukunft sieht.

Wahlprüfstein 4: Gendergerechte Sprache:

Herr Schreiner verweist zunächst sehr allgemein auf die Tatsache, dass sich Sprache durch den alltäglichen und millionenfachen Gebrauch weiterentwickle und verändere. Anschließend erfolgt ein in seiner Allgemeinheit kaum aussagekräftiger Hinweis, dass bei einem bestimmten Sprachgebrauch, welcher zu einer tatsächlichen Diskriminierung führe, reagiert werden müsse. Wann eine solche Diskriminierung vorliege und wie dann zu reagieren sei, kann man seiner Antwort nicht entnehmen. Zum Schluss folgt noch der Hinweis, dass die deutsche Sprache das generische Maskulinum als geschlechtsneutrale Ausdrucksform kenne. Wie die CDU aber neben dieser grammatisch richtigen wie trivialen Feststellung zu dessen Gebrauch steht, erfährt man nicht. Ebenso wenig werden die Fragen zur Durchsetzung einer gendergerechten Sprache in der öffentlichen Verwaltung sowie der Kommunikation der eigenen Partei mit den Bürgern beantwortet. Es scheint ganz so, als ob sich die CDU zur gendergerechten Sprache nicht festlegen will, um möglichst niemanden im Wahlkampf zu verprellen.

Wahlprüfstein 5: Deutsch ins Grundgesetz:

Herr Schreiner verweist auf zwei Beschlüsse auf den Bundesparteitagen der CDU in den Jahren 2008 und 2016, dass es erklärtes Ziel der CDU sei, Deutsch als Sprache der Bundesrepublik Deutschland ins Grundgesetz aufzunehmen. Diese Position der CDU begrüßen wir im VDS ausdrücklich.

Wahlprüfstein 6: Deutsch als Gerichtssprache:

Herr Schreiner verweist auf den § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welcher eindeutig festlegt, dass die Gerichtssprache deutsch sei. Es gebe nur eine Ausnahme bezüglich der sorbischen Minderheit, welche aber für Rheinland-Pfalz ohne Bedeutung sei. Zudem weist er darauf hin, dass für Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher bestellt wird. Diese Antwort entspricht der tatsächlichen derzeitigen Rechtslage, wobei wir vom VDS uns zudem dafür einsetzen, dass es so bleibt.

Raphael Wedemeyer von der FDP:

Herr Wedemeyer von der FDP hat als dritter der Angeschriebenen geantwortet.

Wahlprüfstein 1: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Herr Wedemeyer betont die Bedeutung des frühzeitigen Erlernens der Sprache und weist auf die Förderung in Kindertagesstätten hin. Dort will die FDP weiterhin laufend „evaluieren und bedarfsgerecht anpassen“, so die allgemeine wie so gut wir gar nicht aussagekräftige Antwort. Ob oder inwieweit die FDP beispielsweise für die gezielte Überprüfung von Sprachdefiziten von Kindern vor dem Eintritt in die Regelschule sowie frühzeitig einsetzende Fördermaßen eintritt und wie diese aussehen sollen, erfahren wir nicht.

Wahlprüfstein 2: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Auch zu diesem Thema fällt der FDP nicht viel mehr ein, als allgemein auf die Sprachförderung sowie deren angeblich massiven Ausbau in den vergangenen Jahren hinzuweisen und nochmals die Wichtigkeit guter Sprachkenntnisse als Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe zu betonen. Überhaupt gar nicht eingegangen wird auf die seit vielen Jahren festzustellenden, oftmals gravierenden Mängel bezüglich der Deutschkenntnisse von Bewerbern und Auszubildenden sowie die negative Entwicklung in den letzten Jahren, wie sie unter anderem auch bei meiner Umfrage bei Unternehmen in Rheinland-Pfalz von vielen befragten Unternehmen eindrucksvoll bestätigt worden ist. An dieser Stelle möchte ich in Erinnerung rufen, dass die FDP in den letzten Jahrzehnten an mehreren Landesregierungen beteiligt war und somit auch für eine Schulpolitik zumindest mit verantwortlich zu machen ist, die solche Defizite sowie die negative Entwicklung nicht zu verhindern vermochte. Daher ist der Hinweis auf die angeblich großen Bemühungen der letzten Jahre kein guter Beleg hinsichtlich des wirklichen Erfolges jener Bemühungen. Neben fehlender Selbstkritik in diesem Bereich wird kein einziger konkreter Vorschlag zur Verbesserung der Situation gemacht.

Wahlprüfstein 3: Deutsch in Forschung Lehre an Hochschulen:

Die FDP will sich ausdrücklich nicht für die Förderung von Deutsch als Wissenschaftssprache an rheinland-pfälzischen Hochschulen einsetzen. Nach der Antwort von Herrn Wedemeyer ist es der FDP egal, in welcher Sprache bzw. welchen Sprachen an Hochschulen hierzulande Forschung und Lehre betrieben werden. Offensichtlich verkennt die FDP die zentrale Rolle der deutschen Sprache beispielsweise bei der Stoffvermittlung für deutsche Muttersprachler. Der VDS setzt sich für die deutsche Sprache sowohl in der Lehre als auch in der wissenschaftlichen Forschung ein, da es keineswegs unbedeutend ist, in welcher Sprache geforscht wird. Denn jede große Kultursprache – und damit eben auch die deutsche Sprache – ermöglicht einen ganz eigenen Zugang zur Welt der Wissenschaft und stellt infolgedessen eine Bereicherung dar. Die fahrlässige Gleichgültigkeit, welche die FDP in dieser Frage an den Tag legt, ist höchst bedauerlich und befördert den Bedeutungsverlust unserer Muttersprache auf nationaler wie internationaler Ebene.

Wahlprüfstein 4: Gendergerechte Sprache:

Die Antwort der FDP fällt auch hier mehr als dürftig aus, indem lediglich geschrieben wird, dass man in seiner politischen Arbeit – angeblich – eine gendergerechte Sprache benutze, aber keinem diese Sprachform vorschreiben wolle. Welche Position die FDP hinsichtlich einer sogenannten gendergerechten Sprache in der öffentlichen Verwaltung einnimmt, wurde ebenso wenig beantwortet wie die Frage, ob führende Vertreter der FDP diese Sprachform auch in ihrem Alltagsleben nutzten. Letztlich hat die FDP auch zu diesem Thema nur floskelhaft geantwortet, ohne Substanz in der Sache.

Wahlprüfstein 5: Deutsch ins Grundgesetz:

Die FDP hält die Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz für überflüssig. Auch hier verkennt sie die Bedeutung eines solchen Schrittes zur Wertschätzung und Förderung unseres wichtigsten Kulturgutes, nämlich unserer Muttersprache. Diese Haltung passt damit gut zu der in den bisherigen Antworten deutlich gewordenen Geringschätzung dieser Partei gegenüber der deutschen Sprache.

Wahlprüfstein 6: Deutsch als Gerichtssprache:

Die FDP bekennt sich in dieser Frage zu Deutsch als allgemeiner Gerichtssprache in Deutschland. Zudem weist Herr Wedemeyer darauf hin, dass für Personen, die der deutschen Sprache

nicht mächtig sind, ein Dolmetscher bestellt wird. Diese Antwort entspricht der tatsächlichen derzeitigen Rechtslage, wobei wir vom VDS uns zudem dafür einsetzen, dass es so bleibt.

Philipp Dörich von den Grünen:

Herr Dörich von den Grünen hat als vierter der Angeschriebenen geantwortet.

Wahlprüfstein 1: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Herr Dörich betont, wie wichtig gute Übergänge zwischen Kita und Grundschule für die Bildungschancen jedes Kindes seien und verweist u.a. auf Bildungspartnerschaften zwischen beiden genannten Institutionen, wie sie im neuen Kita-Gesetz geregelt seien. Vor allem bei der Schuleingangsuntersuchung solle ein größeres Augenmerk auf die individuellen Bedürfnisse jedes Kindes gelegt werden, um entsprechend nachsteuern zu können. Schließlich strebe man jahrgangsübergreifende Lerngruppen an Grundschulen an, wodurch noch besser auf die individuellen Entwicklungsphasen der Kinder eingegangen werden könne.

Leider geht Herr Dörich bei seiner Antwort nicht auf die in der Frage gestellten unzureichenden Deutschkenntnisse vieler Kinder beim Eintritt in die Regelschule ein und welche Maßnahmen die Grünen konkret diesbezüglich ergreifen wollen. Zu begrüßen sind aus meiner Sicht Bildungspartnerschaften zwischen Kitas und Grundschulen sowie Schuleingangsuntersuchungen, um Defizite bei Kindern schon vor Eintritt in die Regelschule festzustellen und dann entsprechend auch individuell fördern zu können, wobei es hierbei darauf ankommt, wie dies dann auch landesweit in der Praxis umgesetzt wird. Es bleibt zu hoffen, dass die immer noch bei zahlreichen Kindern zu beobachtenden Defizite insbesondere im Hinblick auf unzureichende Deutschkenntnisse beim Eintritt in die Regelschulen besser als bisher in den Griff bekommen werden, um auch wirklich allen Kindern einen guten Schulstart zu ermöglichen. Der Hinweis auf jahrgangsübergreifende Lerngruppen ist interessant und kann meiner Meinung nach bei richtiger Handhabung vor Ort durchaus hilfreich sein. Um dies in der Praxis vor Ort zu gewährleisten, ist allerdings eine ausreichende Personalausstattung in den Schulen sicherzustellen.

Wahlprüfstein 2: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Herr Dörich beginnt in seiner Antwort mit mehreren wenig aussagekräftigen Allgemeinplätzen zu fairen Bildungschancen für alle, damit niemand zurückgelassen werde sowie weiteres mehr. Danach verweist er auf ein ‚sozialindikatorgestütztes Finanzierungssystem‘, um möglichst zielgerichtet zusätzlich in Bildung investieren zu können. Außerdem solle insgesamt mehr Personal in den Schulen eingesetzt werden.

Mehr Lehrpersonal ist sicherlich immer hilfreich, wobei zu fragen ist, warum die Landesregierung, welcher die Grünen seit knapp fünf Jahren angehören, hier nicht für eine bessere Personalausstattung gesorgt hat. Leider geht Herr Dörich in dieser Frage wiederum überhaupt nicht auf die gestellte Frage nach den oftmals mangelhaften Deutschkenntnissen von Bewerbern und Auszubildenden sowie die negative Entwicklung der letzten Jahre ein. Die zahlreichen Klagen darüber von ausbildenden Unternehmen in Rheinland-Pfalz, wie sie unter anderem auch in der von mir 2019 durchgeführten Umfrage bestätigt werden konnten, sind Herrn Dörich von den Grünen ebenfalls keine Erwähnung wert. Somit ist hier weder ein Problembewusstsein zu erkennen, noch gar sind konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreitet worden.

Wahlprüfstein 3: Deutsch in Forschung Lehre an Hochschulen:

Herr Dörich weist daraufhin, dass der Anteil der Studiengänge an rheinland-pfälzischen Hochschulen, welche in englischer Unterrichtssprache angeboten werden, nur 5,9% betragen und damit die überwiegende Mehrheit nach wie vor in deutscher Sprache abgehalten werden würden. Dies gelte vor allem auch für die Kultur- und Geisteswissenschaften sowie in der Medizin. Die Einrichtung internationaler Studienangebote mit der Verwendung von Englisch als Unterrichtssprache sei jeweils eine Entscheidung der Hochschulen im Rahmen ihrer Internationalisierungsbemühungen. Dies werde von den Grünen ausdrücklich unterstützt, um

damit die besten Köpfe aus aller Welt für die Hochschulen und Unternehmen im Land zu gewinnen.

Letzteres, also die Gewinnung von klugen Köpfen aus aller Welt für unser Land, begrüße ich ausdrücklich. Hervorragende Forschung und Lehre sind auf den Austausch von Ideen aus aller Welt angewiesen. Denn gerade auch hier gilt: **Vielfalt statt Einfalt!** Aber diese Vielfalt muss auch jene der Sprachen mit einbeziehen: Der VDS setzt sich für die deutsche Sprache sowohl in der Lehre als auch in der wissenschaftlichen Forschung ein, da es keineswegs unbedeutend ist, in welcher Sprache geforscht wird. Denn jede große Kultursprache – und damit eben auch die deutsche Sprache – ermöglicht einen ganz eigenen Zugang zur Welt der Wissenschaft und stellt infolgedessen eine Bereicherung dar. Inwieweit die Grünen – neben dem bloßen Verweis auf den hohen Anteil deutschsprachiger Studiengänge an rheinland-pfälzischen Hochschulen – die Position des VDS in dieser Frage unterstützen, geht aus der Antwort nicht hervor, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung: Wenn sich der seit Jahren zu beobachtende Trend gerade in den Wissenschaften fortsetzt, dass das Englische immer mehr alle anderen Sprachen – leider auch in Deutschland – verdrängt, sollte hierzulande gegengesteuert werden und zwar nicht zuletzt auch zum Nutzen der Wissenschaft nach dem bereits erwähnten Motto: **Vielfalt statt Einfalt.**

Wahlprüfstein 4: Gendergerechte Sprache:

Die Grünen – so Herr Dörich – behaupten, dass erst durch „eine konsequent geschlechtergerechte Sprache“ eine auch sprachliche Gleichbehandlung aller erfolgen könne und sich diese Partei daher für eine ebensolche Sprache insbesondere bei allen staatlichen bzw. behördlichen Formularen einsetzte und dies der eigenen Antidiskriminierungsstrategie entspreche. Darüber hinaus wollen die Grünen das Thema einer angeblich geschlechtergerechten Sprache fest in den Lehrplänen weiterführender Schulen verankert wissen. Schließlich unterstützen sie „die konsequente Umsetzung“ dieser Sprachform auch „in der gesprochenen Sprache“.

Nachfolgend werde ich einige Kernanliegen der sogenannten ‚geschlechtergerechten bzw. gendergerechten Sprache‘ beschreiben und dann mit Argumenten dazu Stellung beziehen:

Was versteht man bzw. frau bzw. * unter einer gendergerechten Sprache?

Unter einer ‚gendergerechten‘ Sprache verstehen deren Verfechter*innen eine sprachliche Ausdrucksform, wie die gerade Aufgeführte. Damit wollen sie die Gleichstellung von Mann und Frau sowie sog. diverser Personen befördern und angeblich ungerechtfertigte Benachteiligungen aufgrund alter, patriarchalischer Sprachstrukturen vermeiden. Sprachästhetik oder eine leicht verständliche Ausdrucksweise haben hinter diesem angeblich einzig wahren und moralisch guten Ziel zurückzustehen. Es gilt, alles diesem angeblich **einen** und **einzig legitimen** Anliegen unterzuordnen!

Unterschied zwischen ‚sexus‘ und ‚genus‘

Wenden wir uns zunächst der inhaltlichen Aussage und eine ihrer wesentlichen Begründungen zu: Feministen bzw. Feministinnen beklagen, dass bei vielen Bezeichnungen wie ‚Bürger‘ oder ‚Student‘ die Frauen sowie zudem noch diverse Personen lediglich ***mitgemeint*** aber nicht ausdrücklich genannt seien und daher sprachlich in angemessener Weise berücksichtigt werden müssten. Hierbei unterliegen sie jedoch einem Kategorienirrtum: Man muss zwischen dem biologischen Geschlecht (lateinisch: ‚sexus‘) und grammatischen Genus unterscheiden: In gebräuchlichen deutschen Übersetzungen des lateinischen Begriffes ‚genus‘ wird jener ebenfalls mit dem Wort ‚Geschlecht‘ übersetzt, so dass der Unterschied zum Begriff ‚sexus‘ nicht mehr deutlich wird. Diese Unkenntnis hat wahrscheinlich nicht ganz unwesentlich zu dem nachfolgend kurz zu erklärenden Kategorienirrtum der Befürworter*innen dieses Neu-sprechs beigetragen.

Bloß mitgemeint?

Das sprachliche Genus – der, die, das – hat mit dem biologischen Geschlecht (sexus) erst einmal logisch nichts zu tun: Im Deutschen besitzt der Mond ein männliches und die Sonne ein weibliches Genus bzw. Geschlecht, aber im Französischen ist es beispielsweise genau

umgekehrt. Anhand des folgenden Beispiels soll dies verdeutlicht werden: Mit dem Wort ‚der Mensch‘, welches offensichtlich ein maskulines grammatisches Genus besitzt, sind alle Menschen unabhängig ihres biologischen Geschlechtes gemeint und es bedarf keiner Menschin. Daher sind Frauen oder diverse Personen **nicht bloß mitgemeint**, sondern es sind **alle Menschen unabhängig ihres biologischen Geschlechtes gleichermaßen und damit völlig gleichberechtigt gemeint**. Es handelt sich bei dem Wort ‚Mensch‘ um ein ‚generisches Maskulinum‘. Ebenso gibt es ‚generische Feminina‘, bei denen beispielsweise Männer ebenfalls nicht bloß mitgemeint sind: Bei dem Wort ‚die Person‘ sind alle Personen unabhängig ihres biologischen Geschlechtes gleichermaßen gemeint und es bedarf keines ‚Personerichs‘. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang stellt die Ersetzung von ‚der Lehrer‘ durch ‚die Lehrkraft‘ dar: der Lehrer besitzt ein männliches Genus, aber es sind beide Geschlechter sowie diverse Lehrpersonen gleichermaßen gemeint. Dies ist dennoch gemäß dem gendergerechten Neusprech nicht akzeptabel. Anders hingegen verhält es sich nach dieser Ideologie, wenn man stattdessen das Wort ‚Lehrkraft‘ verwendet, obwohl es ein weibliches Genus besitzt. Sind hier dann nicht Männer bloß mitgemeint?! Anscheinend stört das jene Genderideologen aber nicht, wodurch einmal mehr die Widersprüchlichkeit und Inkonsistenz dieses Neusprechs deutlich wird.

Backende statt Bäcker?

Nach nicht wenigen Vertreter*innen der Genderideologie müssen sowohl Berufsbezeichnungen als auch andere Wörter gendergerecht umbenannt werden, so dass aus einem ‚Bäcker‘ ein ‚Backender‘ oder aus ‚Fahrradfahrern‘ ‚Fahrradfahrende‘ werden. Sprachlogisch ist dies jedoch unsinnig, denn ein Backender ist jemand, der gerade backt. Das Partizip Präsens Aktiv ‚backend‘ beschreibt einen aktuell ablaufenden Vorgang, so dass beispielsweise eine berufliche Qualifikation keineswegs darunter fällt: Ein Bäcker backt nicht 24 Stunden am Tag und bleibt auch dann noch ein Bäcker, wenn er gerade nicht seinen Beruf ausübt. Andererseits ist nicht jeder ein gelernter Bäcker, der in seiner Freizeit gerade backt. Analog gilt dies für andere Wortschöpfungen: ‚Fahrradfahrende‘ dürfen nicht mit ‚Fahrradfahrern‘ verwechselt werden.

Weitere Gedankenbeispiele:

Heißt es zukünftig ‚**Saugende**‘ anstatt ‚**Säuglinge**‘? Schließlich besitzt das Wort ‚der Säugling‘ ein männliches Genus. Die Liste neuer, abstruser Wortschöpfungsmöglichkeiten würde kein Ende mehr nehmen: Darf man zukünftig überhaupt ‚man‘ schreiben und sagen? Und wie verfährt man bei Wörtern wie ‚Weltmeisterschaft‘? Muss es zukünftig

‚Weltmeister*innenschaft‘ heißen?

Inklusive Opposition

Vertreter*innen des gendergerechten Neusprechs bestreiten, dass eine männliche Form zugleich auch als geschlechtsneutraler Oberbegriff gedacht werden könne. Diese Behauptung ist allerdings nachweislich falsch: Es gibt viele Beispiele in der Sprache, bei denen eine inklusive Opposition vorliegt, wie es in der Linguistik heißt. Gemeint ist damit, dass das jeweilige semantische Gegenteil eingeschlossen ist. Ein Ausdruck wie ‚sieben Tag lang‘ schließt das Gegenteil vom Wort ‚Tag‘, nämlich die ‚Nacht‘ bzw. hier die sieben Nächte, mit ein.

Niemand wird vernünftigerweise auf die Idee kommen, dass die Existenz der Nächte durch eine solche Formulierung geleugnet würde.

Durch die oben aufgeführten Argumente konnte dargelegt werden, dass es sich bei einer angeblich ‚gendergerechten Sprache‘ um eine Ideologie handelt, welche einer haltbaren sprachwissenschaftlichen Grundlage entbehrt sowie jeder Vernunft Hohn spricht. Zudem verunstaltet eine solche Sprachform unsere schöne Muttersprache in unerträglicher Weise, insbesondere wenn man den Versuch einer konsequenten Umsetzung all jener Genderregeln unternimmt. Folgendes Beispiel verdeutlicht dies anhand einer Alltagsunterhaltung nach den Genderregeln, für deren **konsequente** Umsetzung die Grünen laut der Antwort von Dörich eintreten:

Alltagsunterhaltung zwischen zwei Bekannten: Anne und Claus:

Anne: „Ich habe mich gestern mit mehreren Freund*innen getroffen und den ganzen Abend über alles mögliche gequatscht. Dabei ging es auch Mode und Fitness und wie Sportler*innen, Moderator*innen oder Politiker*innen jeweils aussahen und wie sie sich in den letzten Jahren verändert haben.“

Claus: „Typisch. Du und Deine Freund*innen unterhalten sich immer nur über das Äußere.“

Anne: „Das stimmt doch gar nicht. Meine Freund*innen und ich haben uns letzts auch über Wissenschaftler*innen und Philosoph*innen und deren Themen unterhalten.“

Claus: „Von mir aus. Ich war letzts mit vielen anderen Fahrradfahrenden unterwegs in der Natur. Es haben Vertreter*innen aus ganz unterschiedlichen Berufen teilgenommen:

Backende, Lehrer*innen, Handwerker*innen – oder muss es Handwerkende heißen?“

Anne: „Weiß ich auch nicht so genau. Ich werde mich demnächst bei unserer Genderbeauftragten im Krankenhaus erkundigen, an die sich alle Mitarbeitende bzw. Mitarbeiter*innen wenden können. Übrigens ist unsere Säuglingsstation in ‚Saugendenstation‘ umbenannt worden.“

Dass solche Unterhaltungen in der Wirklichkeit bei so gut wie allen hier lebenden Menschen nicht stattfinden, ist wohl jedem klar. Und ich gehe auch fest davon aus, dass weder Herr Dörich noch seine Parteifreunde bzw. Parteifreund*innen sich auf diese Weise unterhalten. Aber das können ja in Zukunft sowohl Vertreter anderer Parteien als auch wir alle, also die Bürger und Wähler dieses Landes bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder einmal überprüfen, um so die Glaubwürdigkeit jener Politiker bzw. Politiker*innen zu bewerten. Ich habe mich diesem Wahlprüfstein so ausführlich gewidmet, weil dadurch verdeutlicht werden kann, auf welche Weise eine nachweislich vollkommen unsinnige Sprachideologie in **einigen** elitären Kreisen aus Politik und Medien gegen jeden sprachwissenschaftlichen Sachverstand sowie die überwältigende Sprachpraxis fast aller Menschen dieses Landes auch mit staatlichen bzw. behördlichen Maßnahmen durchgedrückt werden soll. Damit einher geht eine offensichtliche Sprachverschandelung, welche bei konsequenter Anwendung jener Regeln an Lächerlichkeit kaum zu überbieten ist, wie anhand des obigen Beispiels einer fiktiven Unterhaltung nach genau jenen Regeln, verdeutlicht werden konnte. Und die Krone wird dem Ganzen dadurch aufgesetzt, dass dieser Unfug auch noch in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen fest verankert werden soll.

Hinzu kommt noch ein wichtiger Aspekt: Politiker wie Herr Dörich sowie seine Parteifreund*innen bei den Grünen muss man zurufen: **Ihr sprecht nicht unsere Sprache!** Es ist weder die Sprache der allermeisten Bürger dieses Landes, noch eine der Vernunft. Durch das Beharren auf nachweislich Unvernünftigem wird Vertrauen verspielt und der Graben – nicht nur der sprachliche – zwischen regierenden Eliten und Regierten immer weiter vergrößert.

Wahlprüfstein 5: Deutsch ins Grundgesetz:

Die Grünen streben laut Herrn Dörich zwar in mehreren Bereichen Grundgesetzänderungen an, so beispielsweise hinsichtlich von Kinderrechten oder eines Diskriminierungsverbots, aber eben nicht für Deutsch als Sprache der Bundesrepublik Deutschland.

Man kann kaum deutlicher die Geringschätzung gegenüber der deutschen Muttersprache zum Ausdruck bringen, als es Herr Dörich für die Grünen in seiner Antwort getan hat, indem er auf einige Initiativen seiner Partei bezüglich vorzunehmender Grundgesetzänderungen – im Wahlprüfstein gar nicht gefragt – ausdrücklich hinweist, um dann zu betonen, dass die Grünen eine derartige Änderung für unser wichtigstes Kulturgut gerade nicht wollen. Die ablehnende Haltung der Grünen soll wohl damit klar und deutlich unterstrichen werden.

Wahlprüfstein 6: Deutsch als Gerichtssprache:

Die Grünen bestätigen, dass Deutsch die gängige Gerichtssprache ist und sehen daher keinen gesonderten Handlungsbedarf. Diese Antwort entspricht der tatsächlichen derzeitigen Rechtslage, wobei wir vom VDS uns zudem dafür einsetzten, dass es so bleibt.

Daniel Stich von der SPD, Generalsekretär:

Daniel Stich von der SPD hat als fünfter der Angeschriebenen geantwortet.

Wahlprüfstein 1: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt:

Herr Stich weist zunächst auf die entscheidende Bedeutung des möglichst frühen Spracherwerbs aller Kinder hin und deshalb die Sprachförderung nochmals durch das neue Kitagesetz ausgebaut worden sei sowie dass damit der seit Jahren erfolgreiche Weg individueller Förderung fortgesetzt werde. Zudem erhielten Schüler in Grund- und weiterführenden Schulen passgenaue Förderung u.a. durch Deutsch-Intensivkurse bis zu 20 Wochenstunden, Feriensprachkurse sowie Hausaufgabenbetreuung.

All dies sind gute und richtige Maßnahmen, aber sie haben dennoch auch aus meinen eigenen Erfahrungen mit Schülern bei weitem nicht ausgereicht, um die teilweise erheblichen Sprachdefizite eines nicht geringen Anteils der Kinder beim Eintritt in die Regelschule zu erfassen und dann besser zu beheben. Trotz aller oben erwähnten begrüßenswerten Maßnahmen besteht hier noch erheblicher Verbesserungsbedarf, vor allem auch durch frühzeitigere und bessere Testungen der Sprachkenntnisse bereits in den Kitas und spätestens vor dem Eintritt in die Regelschule. Auch hierfür bedarf es einer besseren Personalausstattung in allen Bildungseinrichtungen.

Wahlprüfstein 2: Deutschkenntnisse nach Abschluss der Schullaufbahn:

Herr Stich antwortet auf diese Frage nur mit kaum aussagekräftigen Allgemeinplätzen versehen mit dem Hinweis auf seine Ausführungen zum ersten Wahlprüfstein. Leider geht Herr Stich überhaupt nicht auf die gestellte Frage nach den oftmals mangelhaften Deutschkenntnissen von Bewerbern und Auszubildenden sowie die negative Entwicklung der letzten Jahre ein. Die zahlreichen Klagen darüber von ausbildenden Unternehmen in Rheinland-Pfalz, wie sie unter anderem auch in der von mir 2019 durchgeführten Umfrage bestätigt werden konnten, sind Herrn Stich ebenfalls keine Erwähnung wert. Somit ist hier weder ein Problembewusstsein zu erkennen, noch gar sind konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreitet worden.

Wahlprüfstein 3: Deutsch in Forschung Lehre an Hochschulen:

Herr Stich weist darauf hin, dass an rheinland-pfälzischen Hochschulen Deutsch „die vorrangig gültige Sprache“ sei und dass er davon ausgehe, dass dies auch so bleiben werde. Infolgedessen bestehe aus Sicht der SPD kein konkreter Förderungsbedarf.

Mehr erfahren wir seitens der SPD in dieser Antwort leider nicht. Daher verweise ich an dieser Stelle u.a. auf meine Kommentierungen dieses Punktes zu den Antworten der anderen Parteien, vor allem zu jener der Grünen.

Wahlprüfstein 4: Gendergerechte Sprache:

Herr Stich erwähnt in seiner Antwort zunächst ganz allgemein den Wandel einer Sprache im Laufe der Zeit, in welchem bestimmte Worte verschwinden und neue hinzukämen. Nach diesem Allgemeinplatz behauptet er allerdings, dass eine angeblich geschlechtergerechte Sprache „weder umständlich noch unnötig lang“ sei. Dass dies nicht stimmt, wird beispielsweise anhand des von mir formulierten fiktiven Gesprächs, welches bei der Antwort zum Standpunkt der Grünen in dieser Kommentierung nachzulesen ist, deutlich. Bei seinen Ausführungen zur „geschlechtergerechter Gleichbehandlung“ unterliegt Herr Stich den gleichen falschen Grundannahmen wie Herr Dörich von den Grünen, indem beispielsweise davon ausgegangen wird, dass durch generische Maskulina wie ‚Bäcker, Lehrer oder Handwerksmeister‘ Frauen oder diverse Personen sprachlich nicht hinreichend berücksichtigt seien. Dass dies sprachwissenschaftlich nachweislich falsch ist, habe ich ebenfalls bereits bei meiner Kommentierung zum Standpunkt der Grünen dargelegt. Ebenfalls bleibt Herr Stich eine Antwort auf die Frage schuldig, inwieweit er sowie andere führende Mitglieder der SPD in ihrer Alltagskommunikation im privaten Bereich eine sog. gendergerechte Sprache benutzen. Abschließend empfehle ich an dieser Stelle nochmals die Lektüre meiner Kommentierung des Standpunktes der Grünen in dieser Frage.

Wahlprüfstein 5: Deutsch ins Grundgesetz:

Die Aufnahme unserer Muttersprache ins Grundgesetz hält Herr Stich von der SPD schlicht für überflüssig. Mit dieser dürren Antwort dokumentiert er die Geringschätzung gegenüber unserem wichtigsten Kulturgut nur allzu deutlich!

Wahlprüfstein 6: Deutsch als Gerichtssprache:

Herr Stich verweist auf den § 184 des Gerichtsverfassungsgesetzes, welcher eindeutig festlegt, dass die Gerichtssprache deutsch sei. Zudem weist er darauf hin, dass für Personen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ein Dolmetscher bestellt wird. Diese Antwort entspricht der tatsächlichen derzeitigen Rechtslage, wobei wir vom VDS uns zudem dafür einsetzen, dass es so bleibt.